

## Postmarktgesetz

# „Gemeinsame Gestaltung“

Walter Trezek\* über das neue Postmarktgesetz, die elektronische Substitution und seine Sicht der Zukunft des Marktes.

**a3BOOM!:** Im vergangenen Sommer veröffentlichte der DMVÖ ein Papier mit Kritikpunkten am damaligen Entwurf zum neuen Postmarktgesetz. Viel davon scheint nun im PMG nicht gelandet zu sein.

**Walter Trezek:** Das ist leider richtig, und es beginnt beim unhaltbaren Zustand, dass wir zwar mit Anfang 2011 die Marktöffnung haben, aber die Hausbrief-Anlagen, nach dem PMG erst mit Ende 2012 umgerüstet sein müssen.

**a3BOOM!:** Wie kann so etwas entstehen?

**Trezek:** Es hat einen historischen Hintergrund. Die Österreichische Post hat die Hausbrief-Anlagen seit den 1970er-Jahren in einer halbwegs normierten Form selbst aufgebaut, um ihre letzte Meile zu optimieren. Und dieses System hat auch hervorragend funktioniert. Die Post ist der Einzige, der in die Anlagen hinein darf, dritte Postdienste sind von der Nutzung ausgeschlossen. Es gab ja genügend Ansätze, den Schlüssel für diese Anlagen zu bekommen, und ob rechtlich in Stein gemeißelt ist, dass niemand diesen Schlüssel bekommen darf, ist nach wie vor vollkommen offen.

Hinzu kam, dass eine Diskussion über die Entnahmesicherheit der neuen, genormten Fachanlagen losbrach. Dass jedes halbwegs begabte Kleinkind das Normblech der Briefkästen aufbiegen kann, geht in der Diskussion unter.

**a3BOOM!:** Die Post könnte aber mit einem gewissen Recht argumentieren: Wenn wir jetzt auf unsere Kosten umrüsten und die Mitbenutzer dann anteilig bezahlen, bleiben wir auf unseren Kosten sitzen, falls es keine Mitbenutzer geben sollte.

**Trezek:** Ich habe auch nie wirklich verstanden, warum die Post sich auf dieses Modell einließ, das für sie ja auch einen unglaublichen administrativen Aufwand bedeutet. Ich gehe davon aus, dass sich die Umrüstung bis zum 31. 12. 2010 jedenfalls

nicht ausgehen wird. Ein ähnliches Problem haben wir bei den rund 300.000 Landabgabekästen.

**a3BOOM!:** Alfred Stratil meinte bei der Postmarkt-Konferenz, dies könnte zu Problemen mit der Europäischen Kommission führen.

**Trezek:** Hundertprozentig. Ein Vertragsverletzungs-Verfahren gegen Österreich liegt im Bereich des Möglichen. Und zwar aufgrund einer ganzen Reihe von Punkten im PMG. Auch das offensichtliche Nicht-Fördern des Wettbewerbes widerspricht dem Geist der Rahmenrichtlinie. Ebenso, dass Qualitätsnormen verbindlich als Eintritts-Hürde für Dritte aufgebaut werden. Die müssen eine Qualitätsmessung aufbauen, die vielleicht gar nicht dem Markt entspricht: Denn der Versender will in Zukunft schon wissen, dass sein Brief – und zwar genau der – zum intendierten Zeitpunkt, den er bei einem Postdienstleister eingekauft hat, beim Empfänger ankommt, und nicht zu irgendwelchen Prozentsätzen der Wahrscheinlichkeit, die womöglich auch noch von einem Unternehmen gemessen werden, das von der Österreichischen Post bezahlt wird.

Die Intention der Kommission ist ja, Wettbewerb zu fördern. Und das Beispiel der Deutschen Post zeigt: Kaum war der Wettbewerb da, hat sich deren Qualität und Effizienz wesentlich verbessert, die Preise sind gesunken, und das Unternehmen ist ausgesprochen innovativ geworden. Die Deutsche Post wird den deutschen Briefmarkt komplett drehen, die machen sich selbst zum Treiber der elektronischen Substitution.

Die Deutsche Post hat die Frage, wer denn die elektronische Infrastruktur stellen wird, gleichlautend beantwortet wie der Weltpostverein: Nur dann, wenn der Sender und der Empfänger identifizierte Parteien sind, in einer Infrastruktur, die durch ein Unternehmen gesichert ist und allen Anbietern zur Verfügung gestellt wird, können

Sie eine Dokumenten-Kommunikation physisch und elektronisch bewerkstelligen. Wenn Sie diese beiden Parteien einmal identifiziert haben und darüber auch noch ein funktionierendes Verrechnungssystem gelegt haben, dann wird Dialogmarketing endlich einmal wirklich funktionieren.

Eine solche Infrastruktur entspricht natürlich überhaupt nicht mehr jener eines klassischen Postunternehmens. Und das wird für manche europäische Postunternehmen grausam werden: Sie müssen einen Supertanker, der vom Sender zum Empfänger fährt, um 180 Grad wenden. Hier werden viele auf der Strecke bleiben, aber viele werden auch neu in dieses System hineinkommen.

Post-Generaldirektor Georg Pölzl hat das selbstverständlich längst erkannt, das ist ja ein hervorragender Experte, der noch dazu genau aus dieser elektronischen Welt kommt. Die Frage wird sein, wie rasch er es umsetzen kann – und wie die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Regulierung aussehen.

**a3BOOM!:** Ein Konfliktpunkt ist die Frage der Umsatzsteuer.

**Trezek:** Die Umsatzsteuer gilt nicht im Bereich des Universaldienstes, also der flächendeckenden Versorgung mit Postdiensten an allen Werktagen zu einem einheitlichen Preis. Im PMG wird der Universaldienst neu geregelt: Er wird eingeschränkt auf jene Sendungen, die Versender in die Postbriefkästen werfen bzw. über den Tresen der Postämter reichen. Alle anderen Aufgabe-Arten, insbesondere auch über die Verteilzentren, fallen aus dem Universaldienst heraus und sind somit der USt. unterworfen.

Behörden und Ämter, Banken und Versicherungen, NGOs und Vereine werden die USt. nun nicht mehr zurückbekommen. Ich erwarte, dass nicht zuletzt dies zu einem Treiber der elektronischen Substitution in Österreich werden könnte, denn all diese Kunden werden sich überlegen, was sie sonst noch machen könnten.

**a3BOOM!:** Sind Sie mit der Lösung der Frage der Regulierung zufrieden?